



DU bist Europa

Europa hat gewählt



Impressum

Herausgeber:

Der Oberbürgermeister
Stadt Duisburg
Stabsstelle für Wirtschafts-, Europa- und Fördermittelangelegenheiten
EUROPE *DIRECT* – EU-Bürgerservice
Bismarckplatz 1
47198 Duisburg

Erarbeitet von

Dr. Oliver Schwarz und
Dr. Toralf Stark

V.i.S.P.

Romy Seifert, Stabsstellenleiterin

Kontakt:

Joachim Fischer
Telefon +49 203/283-3814
Telefax +49 203/283-8923
E-Mail: j.fischer@stadt-duisburg.de

Gestaltung:

Uwe Neumann
Stabsstelle Koordinierung Öffentlichkeitsarbeit

Druck:

Druckcenter Duisburg

Titel der Schriftreihe:

EUropa für alle
Schriftreihe des EUROPE *DIRECT* – EU-Bürgerservice der Stadt Duisburg, Heft 6

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Titelbild mit freundliche Genehmigung vom Kunstverein Duisburg e.V. und www.marcokunst.de.

Duisburg, November 2019

DU bist Europa

Europa hat gewählt

Politische Einstellungen und Wahlabsichten
der Duisburger Bürgerinnen und Bürger
bei der Europawahl 2019



Inhaltsverzeichnis

I. Einführung	7
II. Die Ergebnisse der Europawahl	7
1. Das Wahlergebnis in Deutschland	7
2. Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen	8
3. Das Wahlergebnis in Duisburg	9
III. Die Ergebnisse der Duisburger Wahlbefragung	13
1. Theoretische Vorüberlegungen.....	13
2. Zum Aufbau und zur Durchführung der Befragung	15
3. Die Wahlabsicht der Duisburger Befragten im Vergleich zum Wahlergebnis.....	16
4. Das Bild der Europäischen Union.....	18
5. Die politische Verbundenheit der Befragten.....	19
6. Die bedeutsamsten Themen der Europawahl.....	20
7. Die Demokratie in der EU.....	21
8. Die Zukunftsfragen der EU	23
IV. Schlussfolgerungen und Ausblick	25

I. Einführung

Am 26. Mai 2019 haben die Duisburgerinnen und Duisburger gewählt. Lange galt die Europawahl als Nebenwahl. Die neunte Direktwahl zum Europäischen Parlament wurde hingegen zur Schicksalswahl erklärt. Dies blieb nicht ohne Folgen: Zum ersten Mal seit Jahren stieg die Wahlbeteiligung europaweit wieder deutlich an. Auch in Duisburg gaben so viele Wählerinnen und Wähler ihre Stimme ab, wie zuletzt in den 1990er Jahren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die spannende Frage, was die Einwohnerinnen und Einwohner Duisburgs zu ihrer Stimmabgabe mobilisiert hat und wovon letztlich ihre Wahlentscheidung beeinflusst wurde. Welche Themen waren ihnen wichtig? Und vor allem: Wie stehen sie allgemein der Europäischen Union gegenüber? Exakt zu diesen Fragen haben Studierende des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen insgesamt 599 Duisburger Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines Lehrforschungsprojekts befragt. Diese Veranstaltungs-

form im Bachelorstudiengang Politikwissenschaft ermöglicht es den Studierenden zur Mitte ihres Studiums, sich in der Anwendung politikwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente und Auswertungsmethoden auszuprobieren. Zwischen dem 17. und 28. April 2019 führten sie in ausgewählten Stadtteilen eine standardisierte Befragung durch, deren Fragen sich an den Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Kommission orientieren. Die Ergebnisse der Umfrage wurden von den Studierenden unter Anleitung systematisch dokumentiert, vergleichend analysiert und schließlich im Rahmen eines öffentlichen Dialogforums in Kooperation mit dem Europe Direct-Informationszentrum der Stadt Duisburg am 15. Mai 2019 vorgestellt und diskutiert. Die hiermit vorliegende Veröffentlichung fasst die entsprechenden Erkenntnisse der Befragung zusammen und wirft zu Beginn auch einen vergleichenden Blick auf die Ergebnisse der Europawahl 2019 auch über Duisburg hinaus.

II. Die Ergebnisse der Europawahl

1. Das Wahlergebnis in Deutschland

Insgesamt waren in Deutschland 64,8 Millionen Menschen zur Stimmabgabe bei der Europawahl aufgerufen (darunter 3,9 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger). Rund 5 Millionen Wählerinnen und Wähler haben dabei das erste Mal das Europäische Parlament wählen können. Die Wahlbeteiligung lag bei 61,4 Prozent (siehe Tabelle 1). Die Wählerinnen und Wähler entschieden über die Vergabe von 96 Sitzen im künftigen Europaparlament – womit Deutschland die meisten Abgeordneten aller EU-Mitgliedsländer stellt. Erneut galt für die Europawahl keine Sperrklausel, wie dies etwa bei Bundestagswahlen in Form einer Fünf-Prozent-Hürde der Fall ist. Der Wegfall einer Prozenthürde bedeutet, dass eine Partei auch schon mit relativ wenigen Stimmen einen Parlamentssitz gewinnen

kann. Und Parteien gab es 2019 eine ganze Menge: Insgesamt 41 politische Vereinigungen traten zur Europawahl in Deutschland an und damit nahezu doppelt so viele wie im Jahr 2014. Mit Ausnahme der CDU (alle Bundesländer außer Bayern) und der CSU (nur in Bayern) traten alle Vereinigungen bundesweit an und kandidierten mit einer Bundesliste.¹

Trotz hoher Verluste bleibt die Union (CDU/CSU) wie auch schon vor fünf Jahren Gewinnerin der Europawahl in Deutschland.² Sie verliert 6,4 Prozentpunkte und holt laut amtlichen Endergebnis 28,9 Prozent der Stimmen (siehe Tabelle 1). Die SPD muss mit 11,5 Prozentpunkten noch deutlichere Verluste hinnehmen und kommt nur noch auf 15,8 Prozent. Zweitstärkste

¹ Vgl. Der Bundeswahlleiter: Europawahl 2019: Der Bundeswahlausschuss lässt 41 Parteien und sonstige politische Vereinigungen zu (Pressemitteilung Nr. 08/19), Berlin/Wiesbaden, 15. März 2019 (https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/europawahl-2019/08_19_1sitzung-bwa-zulassung.html, Stand: 14. November 2019).

² Die Ergebnisse finden sich auf der Webseite des Europäischen Parlaments unter: <https://europawahlergebnis.eu/nationale-ergebnisse/deutschland/2019-2024/>.

Kraft hinter der Union werden die Grünen mit 20,5 Prozent, die damit ein stattliches Plus von 9,8 Prozentpunkten einfahren. Ebenfalls im Europaparlament vertreten ist die Alternative für Deutschland (AfD) mit elf Prozent (plus 3,9 Prozentpunkte). Die Linke büßt 1,9 Prozentpunkte ein und kommt damit nur noch auf 5,5 Prozent. Die FDP kann hingegen um zwei Prozent-

punkte zulegen. Sie kommt auf 5,4 Prozent. Zudem schaffen sieben kleine Parteien den Sprung ins Europaparlament: Die Partei erreicht 2,4 Prozent und die Freien Wähler 2,2 Prozent. Die Tierschutzpartei erzielt 1,4 Prozent und die ÖDP ein Prozent. Die Piraten kommen ebenso wie die Familienpartei und VOLT auf 0,7 Prozent.

Wahljahr	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014	2019
Wahlbeteiligung	65,7%	56,8%	62,3%	60,0%	45,2%	43,0%	43,3%	48,1%	61,4%
CDU/CSU	49,2%	45,9%	37,7%	38,8%	48,7%	44,5%	37,9%	35,3%	28,9%
SPD	40,8%	37,4%	37,3%	32,2%	30,7%	21,5%	20,8%	27,3%	15,8%
Bündnis 90/Die Grünen	3,2%	8,2%	8,4%	10,1%	6,4%	11,9%	12,1%	10,7%	20,5%
FDP	6,0%	4,8%	5,6%	4,1%	3,0%	6,1%	11,0%	3,4%	5,4%
Die Linke				4,7%	5,8%	6,1%	7,5%	7,4%	5,5%
AfD								7,1%	11,0%
Sonstige	0,8%	3,7%	10,8%	10,1%	5,4%	9,9%	10,7%	8,8%	12,9%

Tabelle 1: Ergebnisse der Europawahlen in Deutschland. Quelle: Europäisches Parlament.

2. Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen

Auch in NRW ist die CDU nach der Europawahl die stärkste politische Kraft.³ Sie kommt auf 27,9 Prozent und bleibt damit trotz starker Verluste in Höhe von 7,7 Prozentpunkten vorn (siehe Tabelle 2). Die SPD rutscht um satte 14,5 Prozentpunkte auf 19,2 Prozent ab. Die Grünen können mit einem Ergebnis von 23,2 Prozent ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln und sind da-

mit die zweitstärkste Partei hinter der CDU. Die AfD erreicht 8,5 Prozent, die FDP 6,7 und die LINKE 4,2. Ähnlich wie auf der Bundesebene schnitten auch in NRW die kleineren Parteien verhältnismäßig gut ab. Insgesamt konnten diese Parteien jedoch etwas weniger Wählerinnen und Wähler mobilisieren als bundesweit.

Wahljahr	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014	2019
Wahlbeteiligung	67,4%	59,4%	62,3%	59,5%	43,8%	41,1%	41,8%	52,3%	61,4%
CDU/CSU	45,8%	42,8%	35,7%	37,0%	47,3%	44,9%	38,0%	35,6%	27,9%
SPD	44,6%	41,7%	43,6%	40,1%	37,3%	25,7%	25,6%	33,7%	19,2%
Bündnis 90/Die Grünen	3,0%	8,0%	7,9%	11,2%	7,1%	12,6%	12,5%	10,1%	23,2%
FDP	5,8%	4,2%	5,7%	4,3%	3,5%	7,5%	12,3%	4,0%	6,7%
Die Linke				0,6%	1,3%	2,1%	4,6%	4,7%	4,2%
AfD								5,4%	8,5%
Sonstige	0,8%	3,2%	7,1%	6,9%	3,4%	7,2%	7,0%	6,5%	10,3%

Tabelle 2: Ergebnisse der Europawahlen in NRW. Quelle: Landesdatenbank NRW.

³ Die Ergebnisse finden sich auf der Webseite des Bundeswahlleiters unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99/land-5.html>.

3. Das Wahlergebnis in Duisburg

In Duisburg waren zur Europawahl insgesamt 325.373 Einwohnerinnen und Einwohner wahlberechtigt, darunter 6.902 Erstwählerinnen und -wähler. 20.995 Duisburgerinnen und Duisburger nahmen das erste Mal an einer Europawahl teil. Von den 37.206 Duisburger Einwohnerinnen und Einwohnern aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hatten sich bis

mehr als bei der letzten Europawahl. Die übrigen Parteien erreichen zusammen 13 Prozent der Wählerstimmen, darunter drei Prozent für die Partei, 1,8 Prozent für die Tierschutzpartei, 0,8 Prozent für die Familienpartei, 0,8 Prozent für die Piraten, 0,6 Prozent für die Freien Wähler, 0,6 Prozent für VOLT und 0,4 Prozent für die ÖDP.

Wahljahr	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014	2019
Wahlbeteiligung	63,5%	53,8%	56,5%	54,5%	36,8%	35,4%	33,6%	42,6%	50,1%
CDU/CSU	32,7%	29,9%	24,6%	25,6%	34,5%	33,4%	28,5%	25,0%	19,9%
SPD	59,2%	57,7%	57,0%	53,9%	50,7%	35,6%	35,1%	40,8%	24,5%
Bündnis 90/Die Grünen	2,7%	7,1%	6,7%	9,2%	5,9%	10,9%	11,3%	7,9%	19,5%
FDP	4,5%	2,5%	3,1%	2,5%	2,4%	5,4%	8,4%	2,7%	5,2%
Die Linke				0,9%	2,2%	4,3%	7,6%	6,5%	5,9%
AfD								7,2%	12,0%
Sonstige	0,9%	3,0%	8,6%	7,9%	4,3%	9,9%	9,1%	9,9%	13,1%

Tabelle 3: Die Ergebnisse der Europawahlen in Duisburg. Quelle: Landesdatenbank NRW.

zum Stichtag nur 609 in das Wählerverzeichnis eintragen lassen.⁴ In Duisburg standen insgesamt 40 Parteien und sonstige politische Vereinigungen zur Wahl. Die Wahlbeteiligung stieg im Vergleich zum Jahr 2014 um 7,5 Prozentpunkte auf 50,1 Prozent (siehe Tabelle 3). Anders als auf der Bundesebene setzte sich in Duisburg die SPD mit 24,5 Prozent der gültigen Stimmen als Wahlsieger durch. Das sind 16,3 Prozentpunkte weniger als noch bei der Europawahl 2014. Die CDU erringt 19,9 Prozent und erleidet damit ebenfalls einen Verlust von 5,1 Prozentpunkten. Bündnis 90/Die Grünen konnten ihren Stimmenanteil im Vergleich zur letzten Europawahl mit 19,5 Prozent mehr als verdoppeln (plus 11,6 Prozentpunkte). Die AfD landet bei zwölf Prozent und erreicht damit einen Zuwachs von 4,8 Prozentpunkten. Die LINKE verliert 0,7 Prozentpunkte und steht nun bei 5,8 Prozent. Die FDP erzielt diesmal 5,2 Prozent und damit 2,6 Prozentpunkte

Im Vergleich zu den bisherigen Europawahlergebnissen seit 1979 zeigt das aktuelle Duisburger Wahlergebnis eine erfreuliche Trendwende: Das Interesse an der Europawahl 2019 war so hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr. Das äußerte sich auch in der Wahlbeteiligung in NRW, Deutschland und der Europäischen Union insgesamt. Nichtsdestotrotz verzeichnet Duisburg im Vergleich der Großstädte Nordrhein-Westfalens mit 50,1 Prozent die niedrigste Wahlbeteiligung (siehe Tabelle 4).

Zwar stieg die Wahlbeteiligung in Duisburg gegenüber der Europawahl 2014 um 7,5 Prozent auf 50,1 Prozent an, sie fiel aber im Vergleich zu den übrigen Städten deutlich geringer aus. Nur Hamm und Gelsenkirchen liegen noch dahinter. Zum Vergleich: In Münster gingen 73,7 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne. Auch in anderen Städten im Ruhrgebiet war das

⁴ Vgl. Stadt Duisburg: Europawahl 2019 in Duisburg. Die amtlichen Duisburger Ergebnisse, Duisburg, 29. Mai 2019, S. 1 (https://www.duisburg.de/vv-medien/dez_i/Wahlbericht_Europawahl2019_Einzelseiten_neu.pdf, Stand: 14. November 2019)

Wahljahr	Wahlbeteiligung 2019	Wahlbeteiligung 2014	Differenz
1. Münster	73,7%	59,7%	14,0%
2. Bonn	69,5%	56,8%	12,7%
3. Aachen	66,1%	52,7%	13,4%
4. Köln	64,6%	49,7%	14,9%
5. Bielefeld	63,8%	51,0%	12,8%
6. Düsseldorf	63,5%	49,2%	14,3%
7. Mülheim an der Ruhr	62,6%	50,3%	12,3%
8. Bochum	61,1%	48,5%	12,6%
9. Leverkusen	60,0%	46,2%	13,8%
10. Bottrop	59,4%	48,5%	10,9%
11. Essen	59,2%	45,2%	14,0%
12. Wuppertal	58,8%	45,0%	13,8%
13. Dortmund	58,5%	44,9%	13,6%
14. Krefeld	57,9%	45,2%	12,7%
15. Hamm	57,7%	51,4%	6,3%
16. Solingen	57,4%	43,8%	13,6%
17. Remscheid	56,4%	43,0%	13,4%
18. Hagen	55,7%	45,1%	10,6%
19. Oberhausen	55,0%	43,7%	11,3%
20. Mönchengladbach	54,8%	42,7%	12,1%
21. Herne	53,7%	42,2%	11,5%
22. Gelsenkirchen	51,3%	43,1%	8,2%
23. Duisburg	50,1%	40,4%	9,7%

Tabelle 4: Die Wahlbeteiligung in NRW-Großstädten. Quelle: Der Landeswahlleiter des Landes NRW.

Interesse an der Europawahl vergleichsweise gering. Bei der Wahlbeteiligung ist jedoch die erheblich Spannweite zwischen den einzelnen Kommunalwahlbezirken in Duisburg zu beachten (siehe Tabelle 5). Gegenüber der Gesamtwahlbeteiligung in Höhe von 50,1 Prozent weisen vor allem die Kommunalwahlbezirke Beeck/Bruckhausen (31,9 Prozent), Hochfeld-

Süd/Wanheimerort-West (34,4 Prozent), Marxloh (27,3 Prozent) und Obermarxloh (36,3 Prozent) eine besonders niedrige Wahlbeteiligung auf.

Eine relativ hohe Wahlbeteiligung verzeichnen hingegen die Kommunalwahlbezirke Duissern (65,5 Prozent), Großenbaum/Rahm (65 Prozent) und Neudorf-Nord (64,1 Prozent).

Kommunalwahlbezirk	Europawahl 2019	Europawahl 2014	Differenz
Overbruch/Vierlinden-Nord	41,3%	35,4%	5,9%
Alt-Walsum/Aldenrade-Süd/Fahrn-West	48,5%	39,9%	8,6%
Vierlinden-Süd und -Ost/Aldenrade-Nord	45,7%	39,9%	5,8%
Fahrn-Ost/Wehofen	44,7%	38,3%	6,4%
Röttgersbach	47,2%	40,8%	6,4%
Marxloh	27,3%	24,9%	2,4%
Obermarxloh	36,3%	30,6%	5,7%
Alt-Hamborn	38,8%	33,7%	5,1%
Neumühl	39,3%	31,9%	7,4%
Beeck/Bruckhausen	31,9%	31,7%	0,2%
Laar/Beeck-West/Beeckerwerth	40,1%	36,1%	4,0%
Obermeiderich	38,6%	33,2%	5,4%
Meiderich-Nord	36,9%	31,9%	5,0%
Meiderich-Süd	43,9%	37,2%	6,7%
Alt-Homberg-Mitte	51,0%	42,9%	8,1%
Alt-Homberg-Süd/Hochheide-Süd	45,2%	39,2%	6,0%
Baerl/Alt-Homberg-Nord/Hochheide-Nord	57,8%	49,3%	8,5%
Neuenkamp/Kaßlerfeld/Altstadt-West	47,7%	39,1%	8,6%
Altstadt-Ost/Dellviertel-Ost	58,1%	48,2%	9,9%
Duissern	65,5%	56,0%	9,5%
Neudorf-Nord	64,1%	54,7%	9,4%
Neudorf-Süd	58,7%	48,5%	10,2%
Dellviertel-West/Hochfeld-Nord	40,2%	34,9%	5,3%
Hochfeld-Süd/Wanheimerort-West	34,4%	34,6%	-0,2%
Wanheimerort-Ost	54,4%	43,5%	10,9%
Bergheim-Nord	61,6%	51,8%	9,8%
Bergheim-Süd/Rumeln-Kaldenhausen-Ost	53,8%	45,6%	8,2%
Hochemmerich-Nord	46,7%	41,3%	5,4%
Rheinhausen-Mitte/Hochemmerich-Süd	40,5%	37,8%	2,7%
Friemersheim	50,3%	42,6%	7,7%
Rumeln-Kaldenhausen-West	61,4%	50,1%	11,3%
Wanheim-Angerhausen/Huckingen-Nord	47,0%	40,1%	6,9%
Buchholz-West/Huckingen-Mitte	62,7%	54,3%	8,4%
Wedau/Bissingheim/Buchholz-Ost	60,4%	52,9%	7,5%
Mündel-/Hütten-/Ungelsheim	61,8%	53,0%	8,8%
Großenbaum/Rahm	65,0%	54,8%	10,2%
Duisburg insgesamt	50,1%	42,6%	7,5%

Tabelle 5: Die Wahlbeteiligung in den Kommunalwahlbezirken. Quelle: Der Landeswahlleiter des Landes NRW.

III. Die Ergebnisse der Duisburger Wahlbefragung

1. Theoretische Vorüberlegungen

Die hier skizzierten Entwicklungen in der Wahlbeteiligung und im Wahlverhalten der Duisburgerinnen und Duisburger legen die Vermutung nahe, dass es im Vorfeld der Europawahl mobilisierende Ereignisse gab, welche die Wählerinnen und Wähler zur Stimmabgabe brachten. Wie bereits eingangs erwähnt, gelten die Europawahlen im wissenschaftlichen Diskurs als Nebenwahlen.⁵ Dieser Ansatz geht davon aus, dass es auf nationaler Ebene so genannte „first-order elections“ gibt, die für die Wählerinnen und Wähler von besonderer Bedeutung sind. Je nach Ausrichtung des politischen Systems handelt es sich hierbei um die Parlaments- beziehungsweise Präsidentschaftswahlen, da diese über die Machtverhältnisse des jeweiligen Landes bestimmten. Regional- und Kommunalwahlen werden dem entsprechend von den Wählerinnen und Wählern als weniger bedeutsam eingestuft. Die Annahmen des Nebenwahl-Modells wurden in zahlreichen Studien immer wieder aufs Neue überprüft und bestätigt, zuletzt auch bei der Europawahl 2014.⁶ Der Ansatz hat sich damit zum „Standardmodell“ bei der Analyse von Europawahlen etabliert.⁷ Einige Autoren sprechen sogar von einer „Standardtheorie“.⁸

Darüber hinaus wurde die Europawahl 2019 im Vorfeld stark zur Schicksalswahl hochstilisiert.⁹ Hierbei wurde vor allem auf den drohenden Stimmenzuwachs rechtspopulistischer und europaskeptischer Parteien

im Europaparlament verwiesen. Diese konnten in den vergangenen Jahren in einigen EU-Mitgliedsstaaten wie zum Beispiel Frankreich, Italien, Polen und Ungarn immer größere Unterstützung generieren und teilweise sogar in die Regierungsverantwortung gelangen. Die Befürchtung, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger diese Parteien auch bei der Europawahl wählen würden, war demzufolge nicht vollends unbegründet.¹⁰ Noch fünf Jahre zuvor hatte eine derartige rhetorische Aufladung die europäischen Wählerinnen und Wähler nicht mobilisieren können.

Die Wahlbeteiligung sank europaweit auf ein neues Rekordtief. Wie der Bundestagswahlkampf 2017, fokussierte auch der Europawahlkampf 2019 stark auf die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, wie beispielsweise vor Migration, Klimawandel oder sozialem Abstieg. Dass sich diese Ängste und Sorgen durchaus auf die Wahlentscheidung auswirken können, zeigt sich am Beispiel der Bundestagswahl 2017: Diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Situation besorgt waren, neigten eher zur Wahl der Linken, wohingegen Menschen, die sich um die Klimaentwicklungen sorgen, eine klare Präferenz für die Grünen aufwiesen. Wenig überraschend hatten vor allem die Wählerinnen und Wähler der AfD Angst vor einer zunehmenden Migration.¹¹ Neben dem Sicherheitsempfinden der Wählerinnen

5 Vgl. Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann: Nine second-order national elections: a conceptual framework for the analysis of European election results, in: *European Journal of Political Research*, 8 (1980) 1, S. 3-45

6 Vgl. Kaeding, Michael/Gath, Manuel: Die Europawahl 2014. Die verflixte achte Nebenwahl, in: *Regierungsforschung.de*, 17. September 2014 (http://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2014/09/170914regierungsforschung.de_kaeding_gath_europawahl_2014.pdf, Stand: 20. Oktober 2019); Träger, Henrik: Die Europawahl 2014 als second-order election, in: Kaeding, Michael/Switek, Niko (Hrsg.): *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden 2015, S. 33-44.

7 Schakel, Arjan H.: How to analyze second-order election effects? A refined second-order election model, in: *Comparative European Politics*, 13 (2015) 6, S. 636-655, hier: S. 640.

8 Hix, Siman/Marsh, Michael: Punishment or protest? Understanding Europeanparliament elections, in: *Journal of Politics*, 69 (2007) 2, 495-510, hier: S. 495.

9 Vgl. Schenuit, Felix: Europawahlen 2019: Schon wieder „Schicksalwahlen“?, in: *Regierungsforschung.de*, 26. April 2019 (https://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2019/04/26042019_regierungsforschung.de_Schenuit_Schicksalwahlen.pdf, Stand: 20. Oktober 2019).

10 Vgl. Meijers, Maurits J.: Der Einfluss von Wahlerfolgen euroskeptischer Parteien, in: Anders, Lisa H./Scheller, Henrik/Tuntschew, Thomas (Hrsg.): *Parteien und die Politisierung der Europäischen Union*, Wiesbaden 2018, S. 131-160.

11 Vgl. Stark, Toralf/Smolka, Theresia: Wählen in Zeiten der Unsicherheit. Wie beeinflusste das individuelle Sicherheitsempfinden das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017?, in: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2017 Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden 2019, S. 83-113.

und Wähler gibt es weitere Erklärungsfaktoren, die sich auf die Wahlentscheidung auswirken. So wird in den Medien oft von einer zunehmenden Entfremdung zwischen der Bevölkerung und den politischen Repräsentierenden gesprochen. In der Politikwissenschaft spricht man diesbezüglich von einer Politiker- beziehungsweise Parteienverdrossenheit. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich mit ihren Interessen und Wünschen in den politischen Entscheidungen nicht mehr ausreichend wahrgenommen. Mögliche Folgen derartiger Gefühle sind die Wahl „extremer“ Parteien oder ein nachlassendes Vertrauen in die politischen Akteure. Gerade ein Mindestmaß an Vertrauen ist für das Überleben eines politischen Systems aber essentiell. Wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen verliert, dann sinkt mit der Zeit auch das Legitimitätsempfinden und das politische System verliert an Stabilität.¹² Akteure, die in diesem Moment eine Systemalternative propagieren, haben bei den Wählerinnen und Wählern größere Erfolgschancen.

Genau auf diesen Effekt bauten bei der Europawahl 2019 die rechtspopulistischen und europaskeptischen Parteien. Ihr Ziel war und ist es, die politische Verantwortung wieder stärker in die Nationalstaaten zurückzuführen und die EU auf eine reine Wirtschaftsunion zu reduzieren. Dieser Entwicklung kann nur begegnet werden, wenn bei den Bürgerinnen und Bürgern eine europäische Identität erzeugt wird, das heißt, die Bürgerinnen und Bürger verbinden sich mit der EU mehr. Sie schätzen den Meinungspluralismus und die Freizügigkeit und unterstützen ihre demokratischen Werte und Normen.¹³ Dem entsprechend müssten diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner Duisburgs, die eine positive Einstellungen gegenüber der EU haben, eher zur Wahl von Parteien neigen, welche eine Stärkung der EU befürworten. Nichtsdestotrotz müssen es die europäischen Akteure und Institutionen schaffen,

bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder das Gefühl zu erzeugen, dass diese mit ihrer Beteiligung am Willensbildungs- und Entscheidungsprozess Einfluss auf das politische Geschehen innerhalb der EU nehmen können. Das Spitzenkandidatenmodell und auch die Europäische Bürgerinitiative können hier als richtige Schritte gedeutet werden.

Bevor also die Befragung durchgeführt werden konnte, mussten sich die Studierenden die zentralen Themen der Europawahl und möglichen Erklärungsansätze für das Wahlverhalten selbständig erarbeiten. Die Studierenden bildeten hierfür insgesamt fünf Arbeitsgruppen mit jeweils fünf bis sieben Teilnehmerinnen und Teilnehmern und recherchierten in diesen zu folgenden Schwerpunkten: Europawahlen als Nebenwahlen, Populismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Migration sowie Zukunftsfragen der EU. Spannend war dabei, dass diese Arbeit bereits im Oktober und November 2018 stattfand, als die Europawahl bei vielen Bürgerinnen und Bürgern noch nicht wirklich wahrgenommen wurde. Auch die politischen Parteien waren zu diesem Zeitpunkt gerade erst dabei, ihre Spitzenkandidaten zu bestimmen.

Nach intensiven Debatten innerhalb und zwischen den Gruppen wurden die für den Fragebogen jeweils relevanten Fragen konstruiert. Neben dem Versuch, eigene Fragen zu formulieren, waren die Studierenden insbesondere angehalten, bereits etablierte Fragen aus den Eurobarometer-Befragungen der Europäischen Kommission zu nutzen. Eine derartige Vorgehensweise hat den Vorteil, dass im Nachgang ein Vergleich der Ergebnisse, die unter den Duisburgerinnen und Duisburgern gewonnen wurden, mit dem Antwortverhalten der Befragten aus dem restlichen Bundesgebiet beziehungsweise der gesamten Europäischen Union möglich ist.

12 Vgl. Fuchs, Dieter: Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas. Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Wiesbaden 2003, S. 29-56.

13 Vgl. Pickel, Susanne/Smolka, Theresa: Determinanten der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014, in: Kaeding, Michael/Switek, Niko (Hrsg.): Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Wiesbaden 2015, S. 69-78.

2. Zum Aufbau und zur Durchführung der Befragung

Der fertige Fragebogen enthielt insgesamt 41 Fragen, die in sechs Abschnitte von A bis F unterteilt waren. Abschnitt A enthielt zwei Filterfragen, um sicherzustellen, dass nur Personen an der Befragung teilnehmen, die ihren Wohnsitz in Duisburg haben und über die Staatsangehörigkeit in einem der 28 EU-Mitgliedsstaaten verfügen. Im darauf folgenden Abschnitt B wurden fünf Fragen zum allgemeinen politischen Interesse sowie der Bedeutung der Europäischen Union für die Bürgerinnen und Bürger gestellt. Abschnitt C befasste sich mit 13 Fragen zur Wahlabsicht, der Bedeutung der Wahlen sowie dem sozialpsychologischen Modell.

Dieses berücksichtigt neben der langfristigen Parteiidentifikation den Einfluss von Themen und Kandidaten. Demzufolge wurden die Duisburgerinnen und Duisburger hier nach ihren Erwartungen gegenüber politischen Akteuren gefragt, wie auch nach der Wichtigkeit des Spitzenkandidatensystems. Der Abschnitt D enthielt ebenfalls neun Fragen zur Political Efficacy, der politischen Kultur und zu den individuellen Demokratievorstellungen der Duisburgerinnen und Duisburger. Der Abschnitt E ergänzte den Fragebogen mit zehn Fragen zu demografischen Details wie Geschlecht, Alter, Einkommen und beruflicher Status. Der Abschnitt F enthielt drei abschließende Fragen,

die vom Interviewer auszufüllen waren, zu Ort und Zeitpunkt des Interviews sowie zum Geschlecht der Befragten. Der Fragebogen enthielt eine Mischung aus geschlossenen und offenen Fragen. Während die Befragten bei offenen Fragen eine eigene Antwort geben können, sind sie bei geschlossenen Fragen dazu angehalten, sich für eine der Antwortkategorien zu entscheiden.

Die Antworten „Weiß nicht/keine Antwort“, die immer als Antwortmöglichkeit angeboten werden müssen, wurden für die Auswertung als fehlend behandelt und nicht in die Analyse einbezogen. Auf diese Art und Weise konnten insgesamt 599 Interviews in der Zeit zwischen dem 17. und 28. April 2019 durchgeführt werden. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug zwischen 15 bis 20 Minuten. Die Interviewer strebten eine nach Alter und Geschlecht möglichst repräsentative Stichprobe an. Einen Vergleich der Umfragedaten mit der Demografie der Stadt Duisburg zeigt jedoch, dass die Befragung keinesfalls repräsentativ ist, auch wenn die mittleren Altersgruppen relativ gut abgebildet wurden (siehe Tabelle 6). Nichtsdestotrotz stellen die Daten ein gutes Stimmungsbild über die politischen Einstellungen und das Wahlverhalten der Duisburger Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union dar.

		Duisburger Befragung n = Anzahl der Befragten		Duisburger Gesamtbevölkerung
Geschlecht	weiblich	251n	42,0%	50,2%
	männlich	347n	58,0%	49,8%
Alter	< 18 Jahre	19n	3,3%	17,1%
	18 – 24 Jahre	156n	27,0%	8,2%
	25 – 44 Jahre	172n	29,8%	25,9%
	45 – 64 Jahre	164n	28,4%	28,5%
	> 65 Jahre	67n	11,6%	20,1%

Tabelle 6: Demografisches Profil der Befragung. Quelle: Duisburger Wahlbefragung sowie Stabsstelle für Wahlen und Informationslogistik der Stadt Duisburg.

3. Die Wahlabsicht der Duisburger Befragten im Vergleich zum Wahlergebnis

Auch wenn die Ergebnisse der Duisburger Befragung nicht repräsentativ sind, so spiegelt sich das finale Wahlergebnis bereits sehr deutlich in den Daten wider. So wurden die Bürgerinnen und Bürger befragt, ob sie an der Europawahl 2014 teilgenommen haben und wie hoch ihre Bereitschaft ist, auch bei der bevorstehenden Europawahl ihre Stimme abzugeben. Mit der Angabe der Wahrscheinlichkeit, an den kommenden Wahlen teilzunehmen, lassen sich Aussagen zur

potenziellen Tendenz der Wahlbeteiligung treffen. Nach eigener Aussage haben 53% der Befragten an der letzten Europawahl vor fünf Jahren teilgenommen (siehe Abbildung 1). Tatsächlich betrug die Wahlteilnahme gemäß dem amtlichen Endergebnis zur Europawahl im Duisburger Stadtgebiet damals nur 42,6 Prozent.¹⁴ Demgegenüber gaben 82,4 Prozent der Duisburger Befragten an, am 26. Mai 2019 wählen zu gehen.

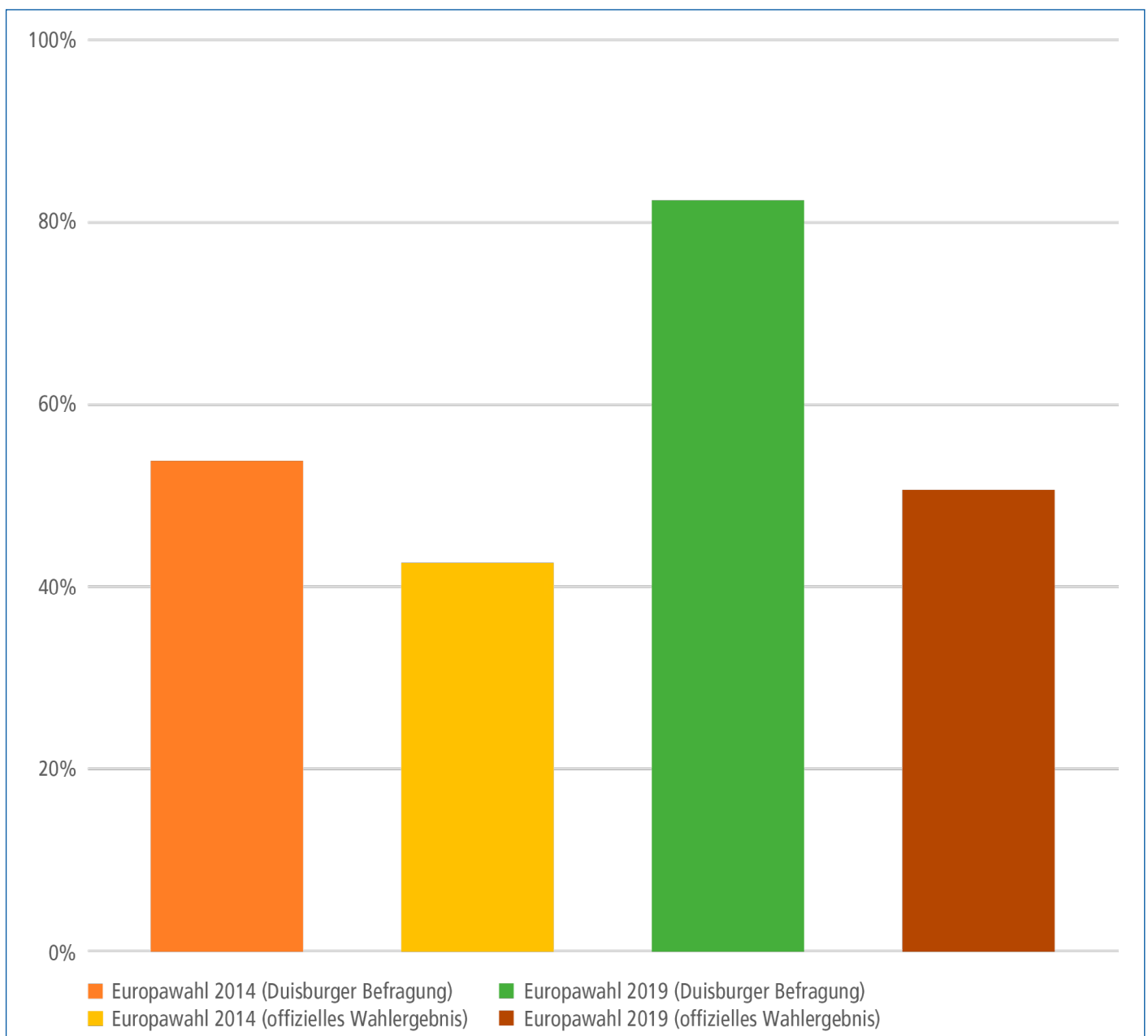


Abbildung 1: Wahlbeteiligung 2014 und 2019 im Vergleich. Quelle: Duisburger Wahlbefragung sowie Stabsstelle für Wahlen und Informationslogistik der Stadt Duisburg.

¹⁴ Auch im Rahmen der Europawahl 2014 wurde in Kooperation mit dem Europe Direct-Informationszentrum der Stadt Duisburg und mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Mercator eine Befragung durchgeführt. Weitere Informationen zu dem Projekt „20 Jahre Unionsbürgerschaft. Fortschritte und Herausforderungen“ und dessen Ergebnissen finden sich hier: <https://www.uni-due.de/unionsbuerger/>.

Auch wenn die Unterschiede zur tatsächlichen Wahlbeteiligung von 50,1 Prozent deutlich größer ausfallen: Die Tendenz einer höheren Wahlbeteiligung lässt sich erkennen. Darüber hinaus ist abzulesen, dass auch wenn es sich nur um eine Absichtserklärung handelt, die Bedeutung der EU bei den Befragten gewachsen ist (siehe Abbildung 2). Auch die Wahlergebnisse der politischen Parteien lagen sehr dicht an den

Ergebnissen der Duisburger Wahlbefragung. Die SPD wählen zu wollen sagten 25,3 Prozent, für die CDU wollten 20 Prozent der Befragten stimmen und die Prozentzahl der Grünen wich um 2,5 Prozentpunkte vom tatsächlichen Ergebnis ab.

Etwas deutlicher unterscheiden sich die Ergebnisse für die AfD (5,3 Prozent), die FDP (8,8 Prozent) und die Linke (10 Prozent).

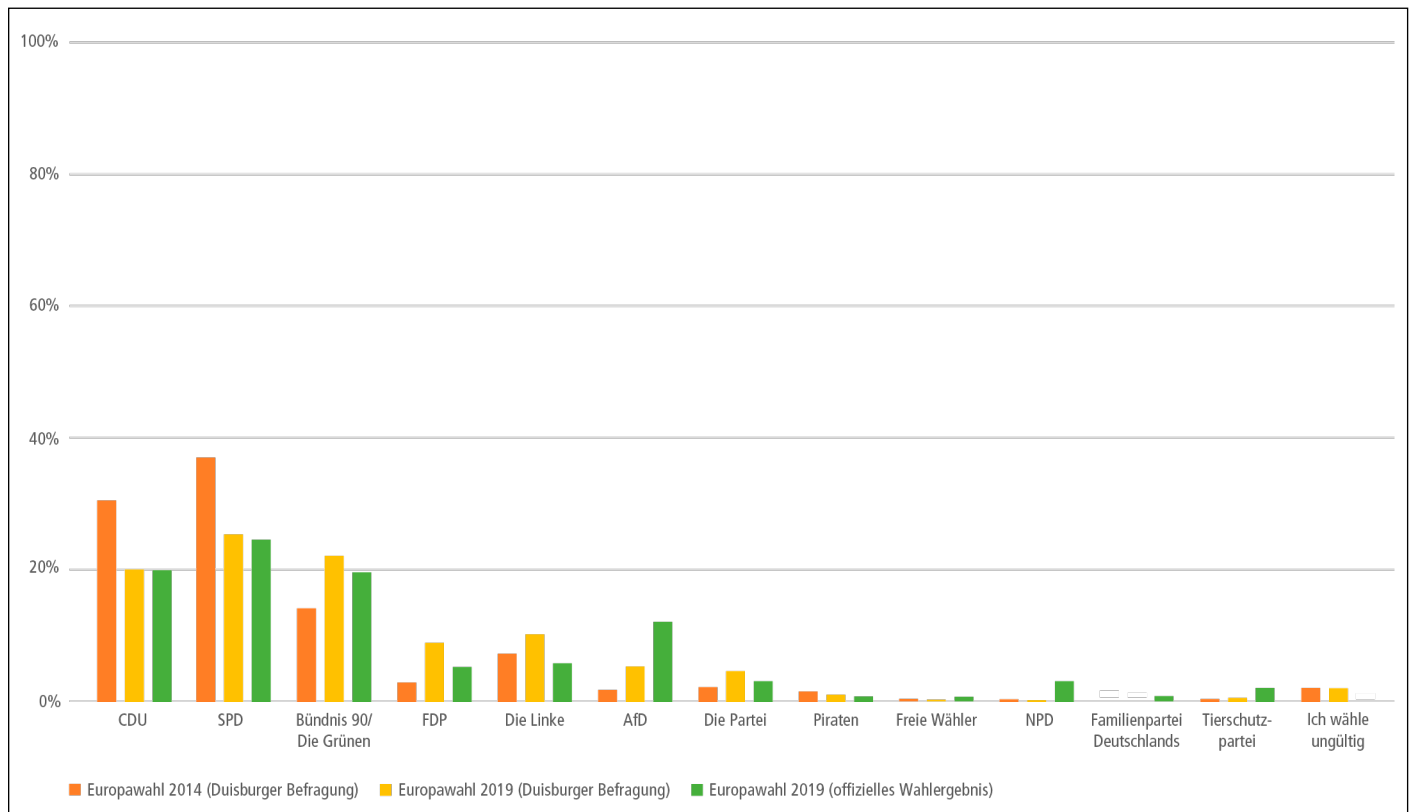


Abbildung 2: Wahlergebnisse zur Europawahl 2014 und 2019. Quelle: Duisburger Wahlbefragung sowie Stabsstelle für Wahlen und Informationslogistik der Stadt Duisburg.4. Das Bild der Europäischen Union.

4. Das Bild der Europäischen Union

Der positive Eindruck aus der Wahlbeteiligung wird unterstützt durch die allgemeine Zustimmung zur EU als solches. So haben 63,4 Prozent der Duisburgerinnen und Duisburger ein positives oder sehr positives Bild der EU und sagen, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute beziehungsweise sehr gute Sache ist (siehe Abbildung 3). Deutschlandweit mildert sich dieses Bild etwas ab.

Hier haben nur noch knapp die Hälfte (48,4 Prozent) der Befragten ein positives Bild von der Europäischen Union. Allerdings haben sich in der Eurobarometer-Befragung 37,1 Prozent der Befragten neutral positioniert, wobei sich die Duisburger Befragten entscheiden mussten. Dieser Entscheidungszwang führte dazu, dass im Verhältnis deutlich mehr Befragte die EU weniger positiv bewerten (19,9 Prozentpunkte).

Beim Blick auf die europaweite Zustimmung zur EU schwächen sich diese Werte erneut ab.

Hier haben nochmals 5,2 Prozent mehr der Befragten ein weniger positives Image der Europäischen Union. Allerdings verschieben auch sie sich vor allem in die neutrale Antwortkategorie. Zusammenfassend kann dennoch festgehalten werden, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten auf allen Ebenen ein eher positives Bild der EU hat. Eng mit der Bewertung der EU als solches verbunden ist auch die Einschätzung, ob die Mitgliedschaft des eigenen Lands gut oder schlecht ist. Hier gleichen sich die Einstellungen der Duisburgerinnen und Duisburger mit den Eurobarometer-Ergebnissen an. Während 84,4 der Duisburger Befragten die Mitgliedschaft Deutschlands für gut befinden, sind es deutschlandweit rund 77,2 Prozent.

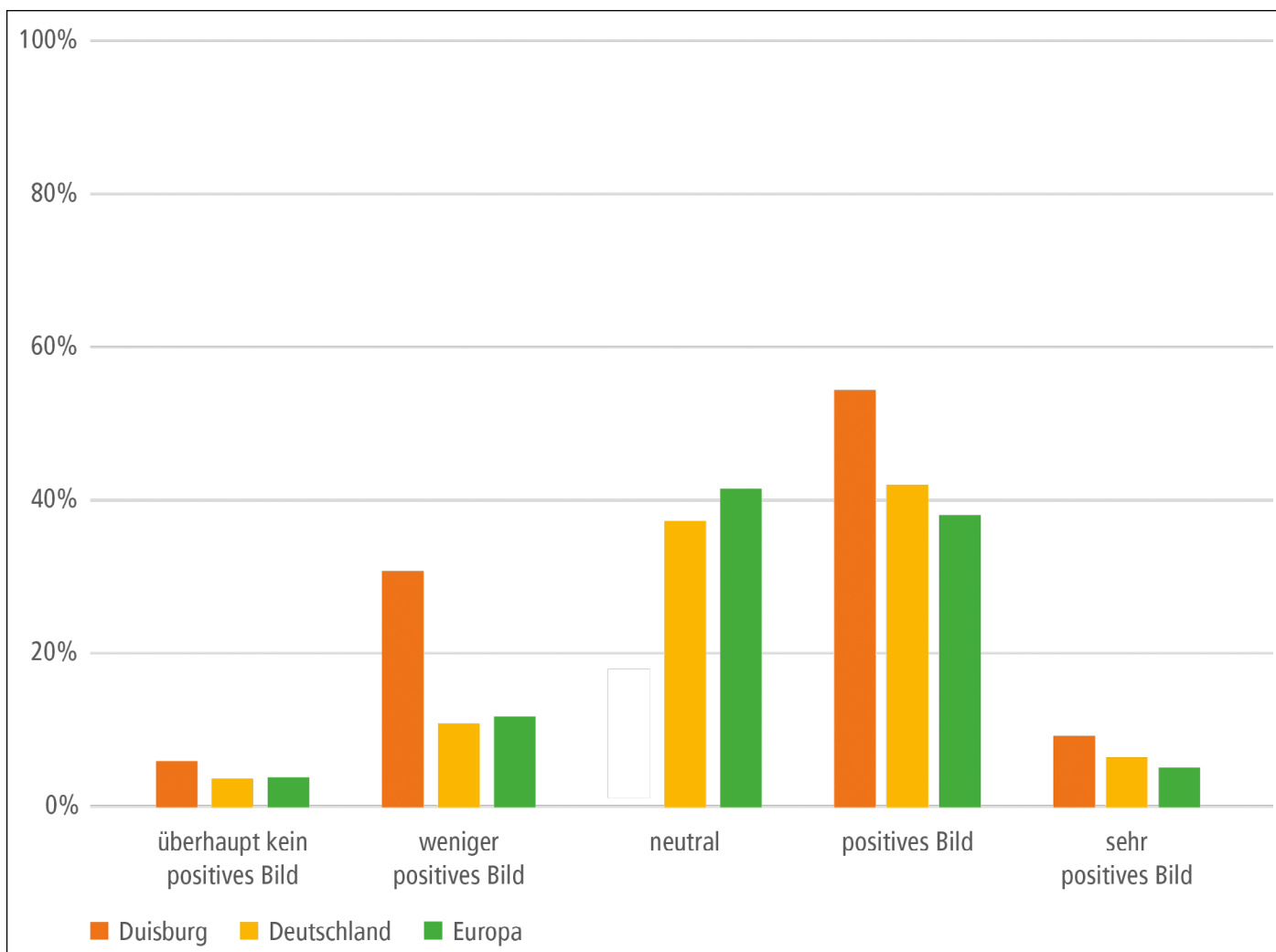


Abbildung 3: Wahlergebnisse zur Europawahl 2014 und 2019. Quelle: Duisburger Wahlbefragung sowie Stabsstelle für Wahlen und Informationslogistik der Stadt Duisburg.4. Das Bild der Europäischen Union.

5. Die politische Verbundenheit der Befragten

Eingangs wurde bereits auf den schicksalhaften Charakter der Europawahl bezüglich der Befürchtung zunehmender nationalistischer Kräfte im Europäischen Parlament verwiesen. Auf die Frage, wie verbunden sich die Befragten mit Duisburg, Deutschland und Europa im Vergleich fühlen, gibt die große Mehrheit (84,9 Prozent) an, dass sie sich stark oder sehr stark mit Deutschland verbunden fühlen (siehe Abbildung 4). Im Vergleich dazu fühlen sich 71,1 Prozent mit Duisburg und immerhin 64,5 Prozent mit Europa ver-

bunden. Demgegenüber ist aber auch die Zahl derjenigen, die sich nicht mit Deutschland verbunden fühlen, am höchsten (16,8 Prozent). Die Verteilung der Antworten zeigt, dass die Befürchtungen einer defizitären Verbundenheit mit der EU bei den Duisburger Befragten nicht gänzlich unbegründet sind. Sie fällt im Vergleich zu Duisburg und Deutschland deutlich geringer aus. Europa hat es demnach noch nicht geschafft, eine europäische Bürgerschaft zu generieren.¹⁵

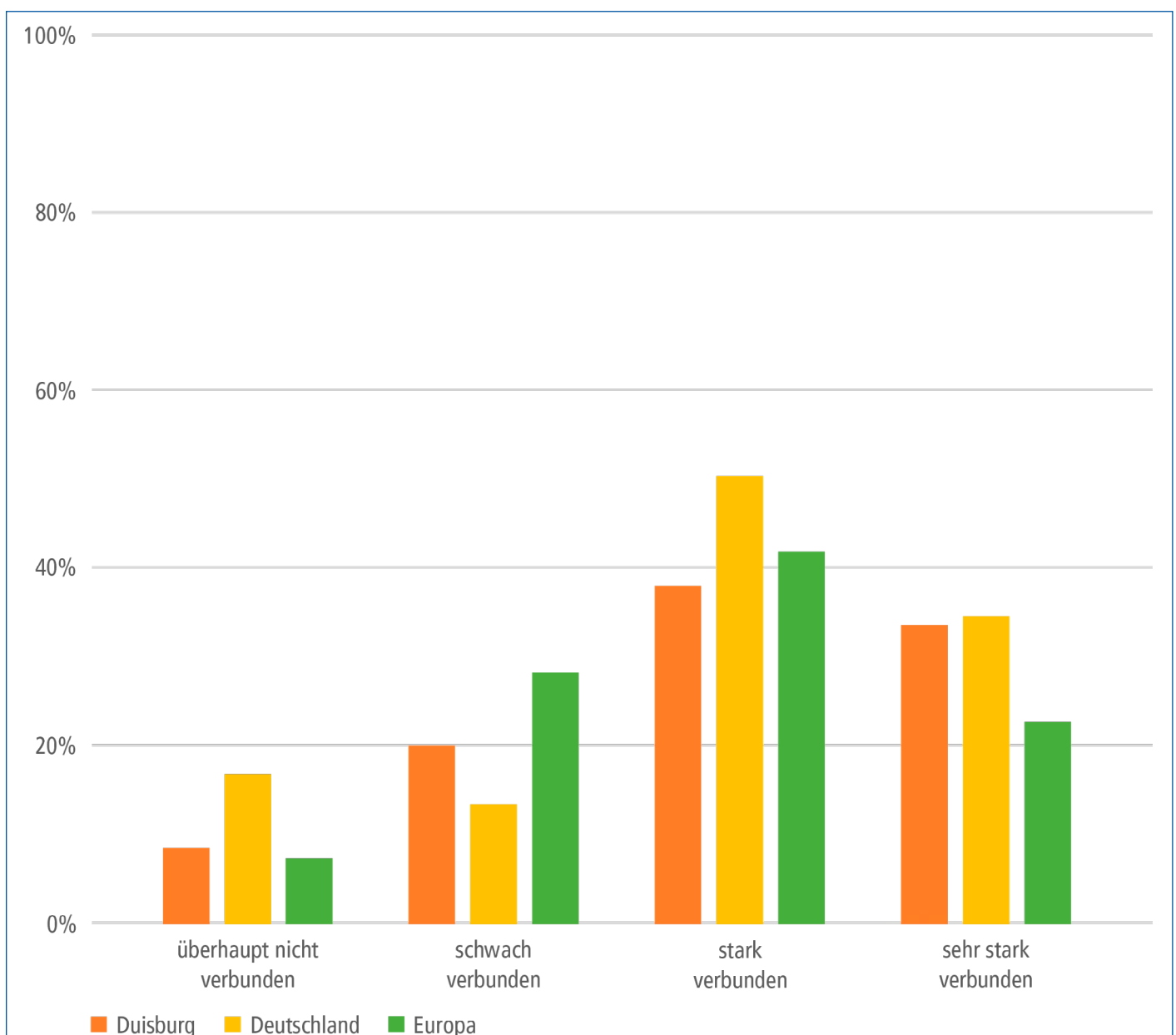


Abbildung 4: Verbundenheit mit Duisburg, Deutschland und Europa.

Quelle: Duisburger Wahlbefragung sowie Standard-Eurobarometer 89.

¹⁵ Vgl. Schwarz, Oliver: Public Perception of European Union Citizenship at the Local Level, in: Bayer, Markus/Schwarz, Oliver/Stark, Toralf (Hrsg.): Democratic Citizenship in Flux. Conceptions of Citizenship in the Light of Political and Social Fragmentation, Bielefeld i.E.

6. Die bedeutsamsten Themen der Europawahl

Wählende lassen sich bei ihrer Entscheidung auch immer von wichtigen gesellschaftsrelevanten Problemlagen beeinflussen. So geben die Duisburgerinnen und Duisburger an, dass sie als wichtigstes Problem, vor dem die EU steht, Umwelt- sowie Klima- und Energiefragen (18,2 Prozent) und die wirtschaftliche Lage (12,2 Prozent) sehen (siehe Abbildung 5). Das von den populistischen Parteien in den Vordergrund gespielte Thema Migration liegt bei ihnen nur noch auf dem dritten Platz (11,2 Prozent) gefolgt von Terrorismus (10 Prozent) und Kriminalität (9,1 Prozent). Auf die Frage nach dem zweitwichtigsten Problem wird diese Liste noch um Gesundheit und soziale Sicherung (11,4

Prozent), Bildung (10,7 Prozent), Arbeitslosigkeit (8,8 Prozent) und Renten (8,1 Prozent) ergänzt. Die Ergebnisse zeigen, dass es im Vergleich zu Deutschland sowohl eine zeitliche wie auch thematische Verschiebung gibt. War im Herbst 2018 Einwanderung noch das wichtigste Thema und Klimawandel nur auf Platz drei, hat sich dies im zeitlichen Verlauf umgekehrt. Vergleichbar in seiner Relevanz ist die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedsstaaten, diese liegt auch deutschlandweit auf Platz zwei. Ein Thema, das in Deutschland, nicht jedoch in Duisburg auf der lokalen Ebene wichtig ist, ist der Einfluss der Europäischen Union in der Welt.

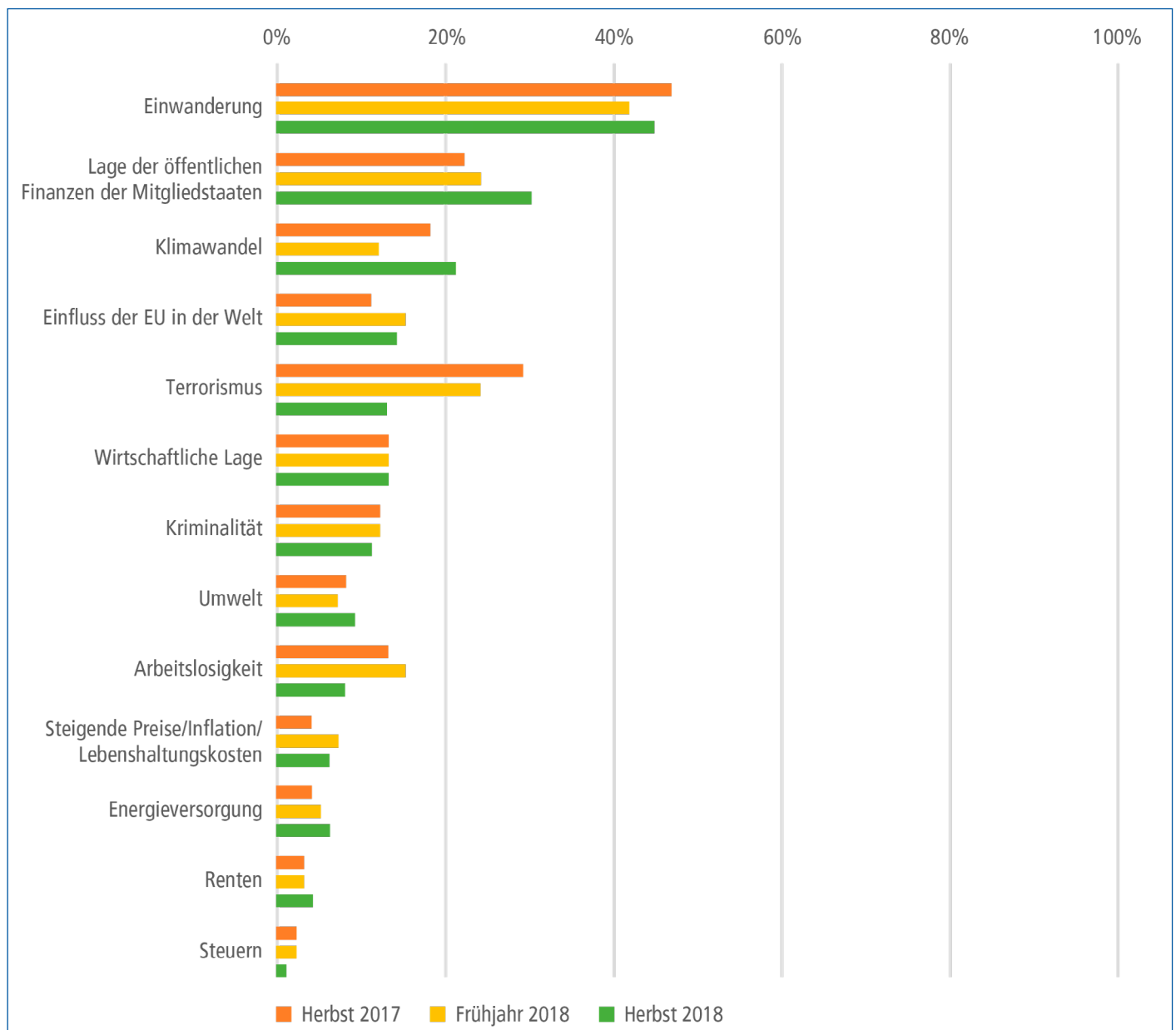


Abbildung 5: Die wichtigsten Themen in der EU im Überblick. Quelle: Standard-Eurobarometer 89.

7. Die Demokratie in der EU

Die Europäische Union reagierte im Jahr 2014 auf die anhaltende Debatte um die populistischen Kräfte in den Nationalstaaten und das Legitimitätsdefizit der EU mit der Einführung des Spitzenkandidatenmodells. Damit war vorgesehen, dass diejenige politische Kraft, die bei der Europawahl die meisten Stimmen auf sich vereinen kann, den kommenden Kommissionspräsidenten stellen darf. Dadurch veränderte sich der Wahlkampf der Parteien maßgeblich.¹⁶ Neben den Themen waren nun auch die Spitzenkandidaten ein möglicher Einflussfaktor für die Wahlentscheidung. Wie bereits 2014 mit Martin Schulz, stand auch dieses Mal wieder ein Deutscher zur Wahl. Die Europäische Volkspartei (EVP) wählte auf ihrem Parteikongress im November 2018 Manfred Weber zu ihrem Spitzenkandidaten. Damit konnte die CDU/CSU-Fraktion ihren Europawahlkampf in Deutschland zentral auf diesen Kandidaten fokussieren. Etwas schwerer hatte es

die SPD, welche diesmal mit den niederländischen Spitzenkandidaten Frans Timmermans antrat. Der daraus resultierende Unterschied zeigt sich auch im Antwortverhalten auf die Frage, ob die Duisburgerinnen und Duisburger die Spitzenkandidaten der beiden Volksparteien benennen können. Während Manfred Weber immerhin 18,4 Prozent der Befragten einfiel, waren es gerade einmal 7,2 Prozent bei Timmermans.

Davon unabhängig ist etwas weniger als die Hälfte (46 Prozent der Duisburger Befragten) von der Bedeutsamkeit der Wahl der Spitzenkandidaten überzeugt. Damit unterscheiden sie sich maßgeblich von den Einstellungen der übrigen deutschen Bevölkerung. Hier sagen 59 Prozent der Befragten, dass sie durch die Direktwahl des Kommissionspräsidenten die Responsivität der Europäischen Institutionen gesteigert sehen. Sogar 73 Prozent sehen hier einen positi-

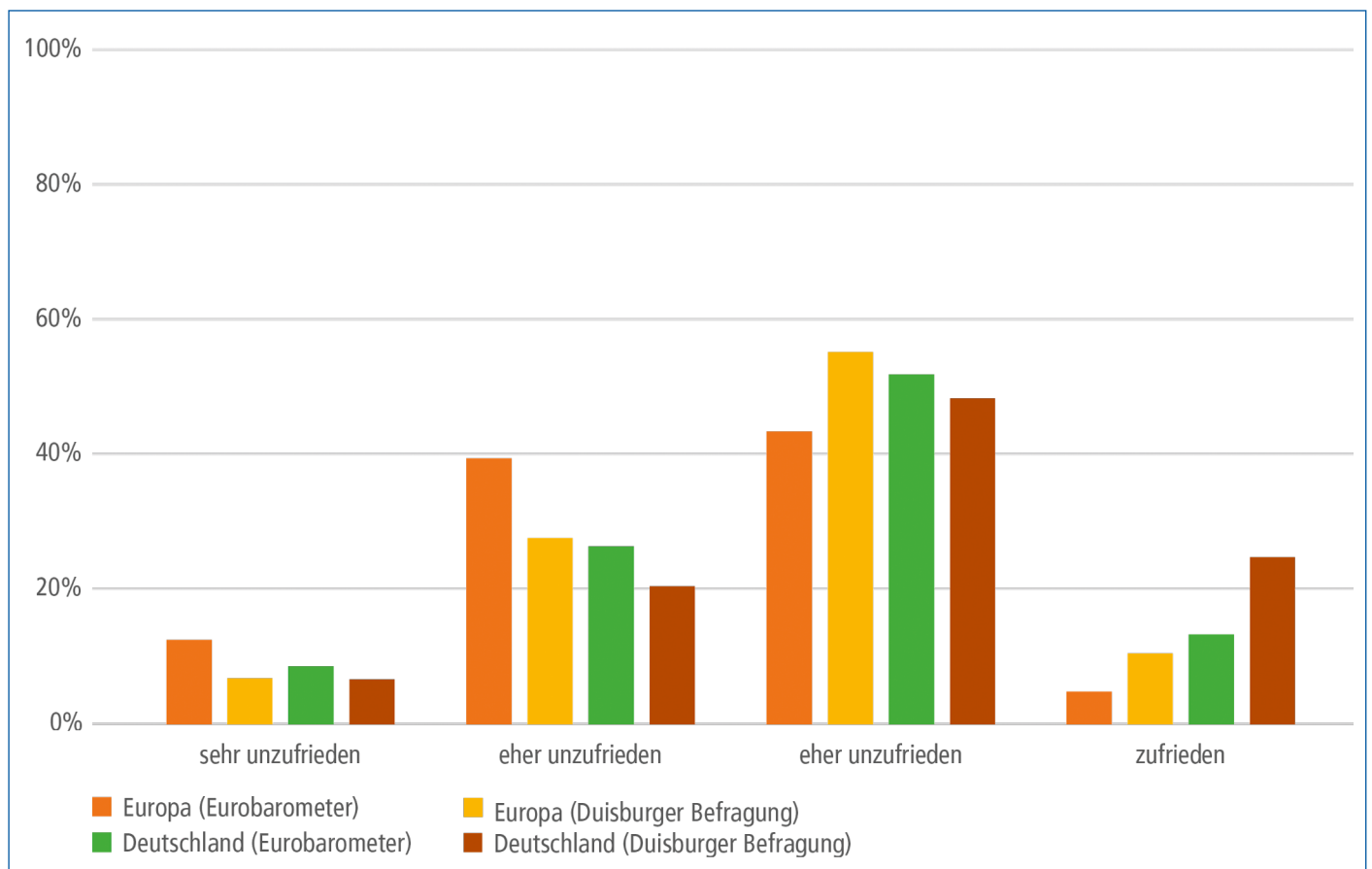


Abbildung 6: Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU. Quelle: Duisburger Wahlbefragung sowie Standard-Eurobarometer 89.

¹⁶ Vgl. Heidbreder, Eva/Auracher, Jelena: Die Rolle europäischer Spitzenkandidaten im institutionellen Wettstreit. Die Europawahl 2014 als Weichenstellung für die Politisierung der EU, in: Kaeding, Michael/Switek, Niko (Hrsg.): Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Wiesbaden 2015, S. 223-231.

ven Einfluss für die gesamt-demokratische Struktur der EU.

Dass es aus Sicht der Befragten bei der Performanz Nachholbedarf für die EU gibt, zeigt ein Blick auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Europäischen Union. So geben mit 51,8 Prozent mehr als die Hälfte der Befragten in Deutschland an, dass sie sehr oder eher unzufrieden mit der Demokratie in Europa sind. Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland ist dagegen mehrheitlich positiv 64,1 Prozent. Die Duisburger Befragten sind dagegen mit der Demokratie in Europa etwas zufriedener. Hier sind mit 65,1 Prozent sogar deutlich mehr als die Hälfte zufrieden (siehe Abbildung 6). Auch die Demokratie in Deutschland wird von den Duisburgerinnen und Duisburgern etwas positiver evaluiert, als vom Rest des Landes.

Neben der Rolle der Spitzenkandidaten spielt für die Einschätzung der Zufriedenheit mit der Demokratie auch das Vertrauen in die europäischen Institutionen eine maßgebliche Rolle. Auf den ersten Blick fällt hier

auf, dass sich das Vertrauensniveau gegenüber den zentralen politischen Institutionen der Europäischen Union gleicht (siehe Abbildung 7).

Allerdings liegt es insgesamt auf einem eher überschaubaren Niveau, da zumeist nur knapp die Hälfte angibt, Vertrauen gegenüber den politischen Institutionen der Europäischen Union zu besitzen. Im Detail kann das Europäische Parlament auf das umfangreichste Vertrauensrepertoire zurückgreifen: 51,9 Prozent vertrauen ihm stark bis sehr stark. Mit nur 1,7 Prozentpunkten dahinter folgt der Europäische Rat mit 50,2 Prozent. Weniger als die Hälfte der Duisburgerinnen und Duisburger bringt allerdings der Europäischen Kommission starkes oder sehr starkes Vertrauen entgegen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Entscheidung des Europäischen Rates, sich gegen den Gewinner der Parlamentswahlen Manfred Weber zu stellen und anstatt seiner Ursula von der Leyen als zukünftige Präsidentin der Europäischen Kommission zu nominieren, auf das Vertrauen der europäischen Bür-

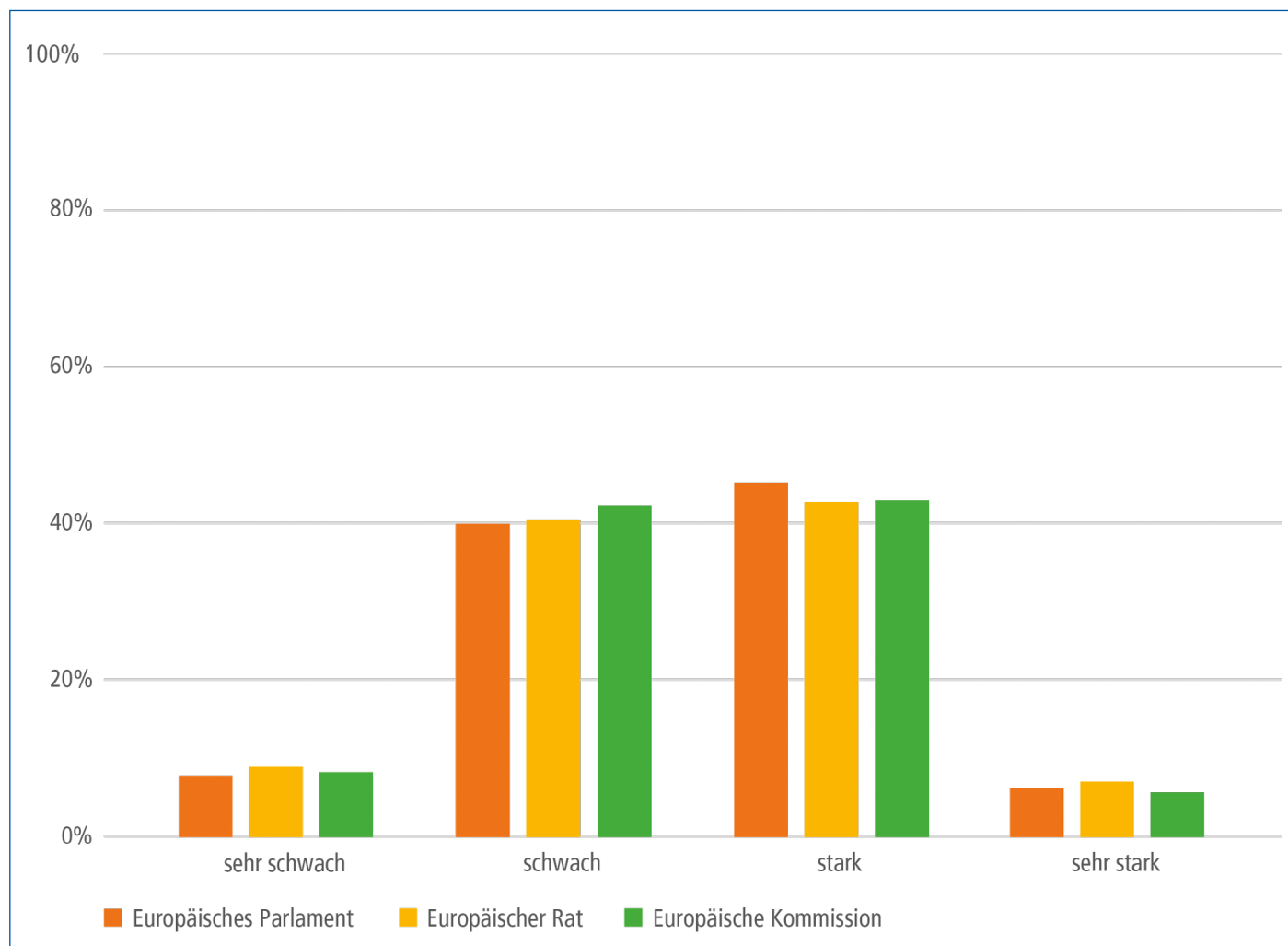


Abbildung 7: Zukunftsthemen der EU. Quelle: Duisburger Wahlbefragung.

gerinnen und Bürger auswirken wird. Der Schaden, der durch die Missachtung des eigentlichen Prozederes entstanden ist, kann so noch nicht abgeschätzt werden.

Der Blick auf die Bewertung des Spitzenkandidatenmodells durch die Bürgerinnen und Bürger lässt allerdings vermuten, dass er nachhaltig sein könnte. So stimmten im Rahmen der Befragung 71,6 Prozent der

Duisburgerinnen und Duisburger der Aussage „Meine Stimme zählt in Europa“ zu. Auch deutschlandweit fällt diese Zustimmung mit 69,6 Prozent nur marginal geringer aus. Es bleibt zu hoffen, dass das Europäische Parlament sich durch die bereits gezeigte kritische Bewertung der designierten Kommissionsmitglieder seinen Legitimitätsbonus erhalten beziehungsweise zurückerobern kann.

8. Die Zukunftsfragen der EU

Die Europäische Union steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen: Ein nicht berechenbarer amerikanischer US-Präsident lässt den einst vertrauenswürdigen transatlantischen Partner als nicht mehr verlässlichen erscheinen.

Demgegenüber steht ein autoritär geprägter Nationalismus russischer oder türkischer Prägung. Selbst in EU-Mitgliedsstaaten wie Polen, Rumänien und Ungarn steht die Demokratie unter enormen Druck. Der Rückzug ins Nationale des Vereinigten Königreichs stellt Europa als Schicksalsgemeinschaft in Frage.¹⁷ Doch welche Themen brennen den Bürgerinnen und Bür-

gern in Duisburg unter den Nägeln? Die Befragungsergebnisse zeigen, dass eine national orientierte Politik Deutschlands innerhalb der EU keine Mehrheit finden würde. Vielmehr ist die übergroße Mehrheit für den Ausbau einer gemeinsamen Handelspolitik, eingebettet in eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion (siehe Abbildung 8). Auch in Punkto Sicherheits- und Außenpolitik sehen die Duisburgerinnen und Duisburger die supranationale Institution als das Maß aller Dinge. Einzig gegenüber der Aufnahme neuer Mitgliederstaaten stehen Sie mehrheitlich ablehnend gegenüber.

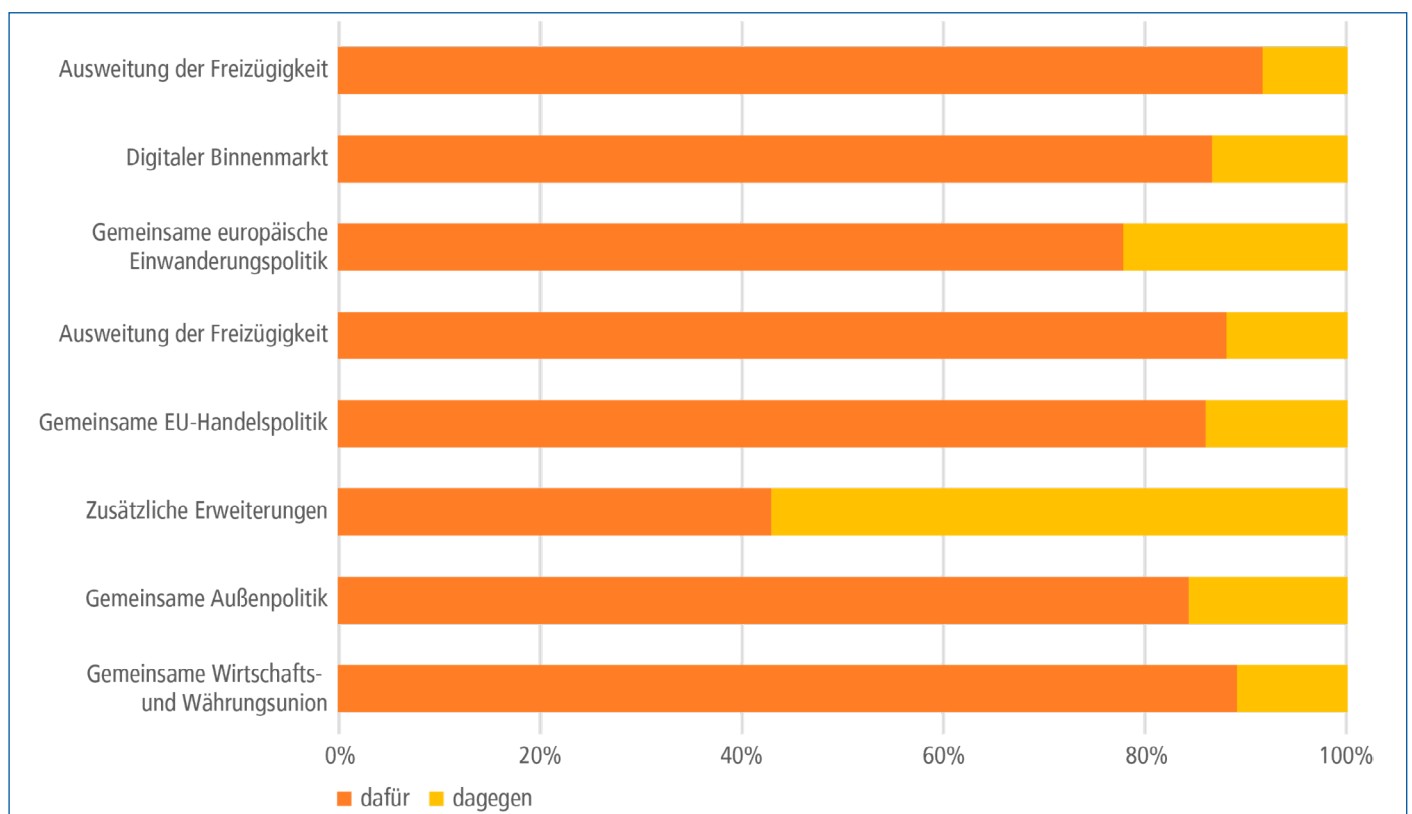


Abbildung 8: Zukunftsthemen der EU. Quelle Duisburger Wahlbefragung.

17 Vgl. Schwarz, Oliver: The 2019 European Parliament elections and Brexit: business as usual?, in: Kaeding, Michael/Müller, Manuel/Schmälter, Julia (Hrsg.): Die Europawahl 2019, Wiesbaden i.E.

IV. Schlussfolgerungen und Ausblick

Aus den Ergebnissen der Duisburger Wahlstudie lässt sich abschließend ein positives Fazit ziehen, aus dem aber auch klare Signale und Handlungsaufträge ableitbar sind. Grundsätzlich stehen die Duisburgerinnen und Duisburger, die an der Befragung teilgenommen haben, der Europäischen Union positiv gegenüber, was sich sowohl in der erklärten Wahlabsicht als auch in der tatsächlichen Wahlbeteiligung widerspiegelt.

Wie in NRW, Deutschland und Europa stieg im Vergleich zu 2014 auch in Duisburg die Bereitschaft, an der Europawahl teilzunehmen, deutlich an. Daran lässt sich erkennen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich der Bedeutsamkeit der EU durchaus bewusst sind. Sie haben erkannt, dass dieses Projekt auch in Zukunft vor rechtspopulistischen und nationalkonservativen Kräften, welche den Nationalstaaten wieder eine größere Mitsprache einräumen möchten, bewahrt werden muss. Anders als in Deutschland verfügt die SPD in Duisburg noch über ein starkes Wählerpotential, wohingegen die Grünen im Vergleich zum Bundes-trend hier deutlich weniger Zustimmung finden. Die Verbundenheit mit Deutschland ist im Vergleich zu Duisburg und Europa deutlich höher ausgeprägt. Nichtsdestotrotz fühlen sich zumindest knapp zwei Drittel auch mit der EU stark oder sehr stark verbunden. Die EU scheint demnach als Gemeinschaftsprojekt bei den Bürgerinnen und Bürgern Zustimmung zu finden. So gibt auch die Mehrheit der Befragten an, dass sie mit der politischen Performanz der EU zufrieden ist. Damit liegen sie deutlich über der gesamt-deutschen Zustimmung.

An dieser Stelle muss nochmals auf die fehlende Repräsentativität der Studie verwiesen werden. So ist davon auszugehen, dass Bürgerinnen und Bürger, die an einer solchen Straßenbefragung von Studierenden teilnehmen, per se als politisch interessierter zu gelten haben. Daher sind gewisse Verzerrungen im Antwortverhalten zu erwarten. Der Blick auf die Befragungsergebnisse offenbart allerdings auch noch Defizite. So ist das Vertrauensniveau in die europäischen Institutionen definitiv ausbaubar. Knapp die Hälfte der Befragten vertraut ihnen nur schwach oder sehr schwach. Am niedrigsten liegt es beim Europäischen Rat, der

allerdings hinsichtlich der politischen Ausrichtung der Europäischen Union das wichtigste Gremium darstellt. Hier zeigt sich, dass die nationalstaatlichen Interessen, welche die EU in ihrer Entwicklung teilweise behindern, auch von den Bürgerinnen und Bürgern kritisch bewertet werden. Der Blick auf die Zukunftsthemen zeigt, dass die Duisburger Bürgerinnen und Bürger vor allem für eine Verfestigung und Ausweitung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sind. Auch in Zukunftsfragen wie der Digitalisierung weisen sie der EU eine zentrale Rolle zu. Eine zusätzliche Erweiterung wird hingegen kritisch gesehen.

Abschließend lässt sich sagen: Die Europäische Union ist bei den Duisburger Bürgerinnen und Bürgern präsent. Sie unterstützen diese mehrheitlich, aber sie richten ohne Zweifel auch ein kritisches Auge auf die zukünftige Ausrichtung der europäischen Integration. In diesem Wettstreit um die Zukunft Europas stellt die Europawahl 2019 eine wichtige Zäsur dar. Die neue Kommission unter Ursula von der Leyen wird in den kommenden fünf Jahren überzeugend darstellen müssen, welche Probleme zukünftig besser auf europäischer Ebene gelöst werden können und für welche Probleme nationale Lösungsansätze zu kurz greifen. Dieser Grundsatzfrage muss sich jedoch nicht nur die Europäische Kommission in Brüssel oder das Europäische Parlament in Straßburg stellen. Angesichts der deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung sind auch die Nationalstaaten auf all ihren Ebenen gefordert, sich intensiv mit Europa auseinanderzusetzen und das europäische Projekt weiter zu gestalten. So mag unter den europäischen Mitgliedsstaaten zwar Einigkeit darüber bestehen, dass Europa global eine stärkere Rolle spielen muss. Auf der nationalen, regionalen oder kommunalen Ebene alltäglicher Politik hat sich jedoch gerade dieses Europa bei vielen Handlungsträgern als praktischer Sündenbock fest etabliert.

Neben einer Diskussion um politische Inhalte und Verantwortlichkeiten ist darüber hinaus eine Debatte über institutionelle Reformen und Neuerungen wichtig. Die vorläufige Absage an transnationale Listen sollte daher ebenso überdacht werden, wie das vorläufige Ende des Spitzenkandidatenmodells. Der von

Ursula von der Leyen vorgeschlagene Bürgerdialog könnte diesbezüglich Wege und Perspektiven für eine tiefgreifende Reform der Europäischen Union öffnen. Denn eines steht fest: Bereits 2024 sind nicht nur in Duisburg die Bürgerinnen und Bürger wieder dazu

aufgerufen, über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments zu entscheiden. Dass sie sich dabei wie in den vergangenen Jahrzehnten mehrheitlich für einen pro-europäischen Kurs entscheiden werden, kann und darf nicht einfach vorausgesetzt werden.

